

Das erinnerungspolitische Erbe der DDR

Die Auswirkungen der SED-Erinnerungs- und Gedenkstättenpolitik bezüglich der Shoah auf die Erinnerungskultur in den neuen Bundesländern

Jonas Flöck, *Universität Potsdam*

Abstract: Die Erinnerungspolitik der DDR war durch einen staatlich verordneten Antifaschismus geprägt, in dem die Shoah nicht als eigenständiges Verbrechen thematisiert, sondern in ein heroisches Narrativ des Widerstandskampfes integriert wurde. Die in diesem Aufsatz vorgelegte historische Analyse konzentriert sich auf den erinnerungspolitischen Umgang mit der Shoah und zeigt, dass kommunistische Widerstandskämpfer:innen beim Gedenken hervorgehoben wurden, während die verfolgten und ermordeten Jüd:innen gemeinsam mit anderen Opfergruppen subsumiert wurden. Gedenkstätten und Gedenktage dienten vor allem der Legitimation der SED-Herrschaft und ließen individuelle Schuldverstrickungen weitgehend unberücksichtigt. Diese erinnerungspolitische Praxis wurde flankiert von einer antiisraelischen Staatsdoktrin, die antizionistische und antisemitische Deutungsmuster verfestigte. Mit Blick auf die Transformationszeit nach 1990 und die aktuellen Entwicklungen in Ostdeutschland – etwa das Erstarken rechtsextremer Bewegungen, geschichtsrevisionsistische Angriffe auf Gedenkstätten oder die erinnerungspolitischen Forderungen der AfD – stellt der Aufsatz dar, wo Kontinuitäten liegen könnten, die aus der erinnerungspolitischen Tradition der DDR resultieren.

Schlagworte: Erinnerungspolitik • Geschichtspolitik • DDR • Gedenkstätten

1 Einleitung

In der Deutschen Demokratischen Republik sind die Bürger jüdischer Herkunft oder jüdischen Glaubens fest in der sozialistischen Gesellschaft verwurzelt. Denn hier sind die Ursachen des Antisemitismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet worden (zitiert nach Rosbach, 2009).

Wenn etwas „ausgerottet“ ist, heißt das in der Regel, dass es nicht zurückkommt. Die Wortwahl des SED-Propagandisten Karl-Eduard von Schnitzler lässt darauf schließen, dass dies aus dessen Sicht auch für den Antisemitismus in der DDR hätte gelten sollen.

Wenn in den letzten Jahren bundesweit – und besonders in den neuen Bundesländern – fast ausnahmslos ein Wachstum der antisemitisch motivierten Straftaten festzustellen war, stellt sich

allerdings die Frage, wie dies im Zusammenhang mit dem Umgang mit Antisemitismus in der Vergangenheit, auch in der DDR, steht. Antisemitismus kann gerade in Deutschland nicht unabhängig von der Geschichte der Shoah betrachtet werden, weshalb der zeitgenössische erinnerungspolitische Umgang mit einer der größten Katastrophen des 20. Jahrhunderts Aufschlüsse darüber gibt, wie eine Gemeinschaft sich der Problematik des Antisemitismus stellt. Dieser Aufsatz wird sich deshalb mit der SED-Erinnerungspolitik in Bezug auf die Shoah auseinandersetzen, um zu verstehen, wie dieser Aspekt in den Kontext des grassierenden Antisemitismus gerade in den neuen Bundesländern einzuordnen ist.

Aufgrund der Umbruchs- und Transformationsdynamiken durch die deutsche Wiedervereinigung werde ich einen Fokus auf die ostdeutschen Entwicklungen richten. Diesem Aufsatz liegt die These zugrunde, dass der erinnerungspolitische Umgang mit der Shoah nicht gelungen sei. Dieser Aufsatz fokussiert sich allerdings nicht allein deshalb darauf. Auch in der BRD lief die Erinnerung an die Shoah vor allem auf staatlicher Ebene ebenfalls schleppend an, denn auch die BRD wollte nicht als Nachfolgestaat des nationalsozialistischen Deutschlands angesehen werden (Dittberner, 1999). Zudem ist Antisemitismus kein rein ostdeutsches Problem: Von den über 8.500 antisemitischen Vorfällen, die im Jahresbericht des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) aufgelistet sind, wurden knapp 15% in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) gemeldet (Bundesverband RIAS, 2025). Das deckt sich ungefähr mit dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil von 16,7%.

Allerdings kam es bereits in den späten 1980er- und in den 1990er-Jahren zu einem Anwachsen rechtsextremer Bewegungen in Ostdeutschland, die vermehrt Orte ins Visier nahmen, an denen an nationalsozialistische Verbrechen erinnert werden sollte. So war beispielsweise die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen in den 1990er-Jahren Ziel rechtsradikaler Anschläge und geschichtsrevisio-nistischer Abhandlungen (Mentel, 2014). Auch auf parlamentarischer Ebene ist der Antisemitismus vertreten. Aufmerksamkeit erregte Björn Höcke, als er im Januar 2017 während einer Rede das Mahnmal für die ermordeten Jüd:innen Europas in Berlin als „Mahnmal der Schande“ bezeichnete und eine „erinnerungspolitische Wende“ um 180 Grad forderte (Kamann, 2017). Höcke ist bis heute Landes- und Fraktionsvorsitzender der der vom thüringischen Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuften Partei Alternative für Deutschland (AfD) in Thüringen, die dort die letzten Landtagswahlen gewann (Wierzioc, 2024; Wahlen im Freistaat Thüringen, 2024).

Deshalb beschäftigt sich dieser Aufsatz mit der Frage, wie erfolgreich die Bekämpfung des Antisemitismus in der DDR tatsächlich war und inwiefern hier Kontinuitäten vorliegen. Viele Ostdeutsche wurden in der DDR sozialisiert. Um diese Frage zu beantworten, muss ein Blick auf den erinnerungspolitischen Umgang mit der Shoah seitens der SED-Führung geworfen werden.

Dafür werden zuerst der staatlich verordnete Antifaschismus und die darauf aufbauenden Grundlinien der SED-Erinnerungspolitik umrissen. Im gleichen Zug wird analysiert, wie sich dies auf den erinnerungspolitischen Umgang mit der Shoah, ihren Opfern und den Tatorten auswirkte, gerade mit Blick auf die SED-Gedenkstättenpolitik. Abschließend wird ein Blick auf die aktuellen Entwicklungen in den neuen Bundesländern in der Bundesrepublik Deutschland geworfen. Diese sollen mit der Erinnerungspolitik zu DDR-Zeiten in Verbindung gebracht werden.

Im Zuge dieses Aufsatzes werden die Begriffe ‚Antisemitismus‘ und ‚Antizionismus‘ verwendet. In Bezug auf den Begriff des ‚Antisemitismus‘ werde ich der Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) folgen:

Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat

gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen (IHRA, 2016).

Peter Ullrich definiert Antizionismus als „weltbildhafte Ablehnung des Staates Israel und der diesem zugrunde liegenden nationalen Bewegung“ (Ullrich, 2014, S. 106). Antizionismus geht dabei oft mit Antisemitismus einher, dennoch sind die beiden Begriffe voneinander abzugrenzen, da eine ideologische Ablehnung des Staates Israel nicht automatisch gegen Menschen jüdischen Glaubens gerichtet ist.

2 Grundlinien der SED-Erinnerungspolitik

Michael Kohlstruck beschreibt Erinnerung als einen Mechanismus, mit dem man „den aktuellen Fokus der Aufmerksamkeit auf bestimmte vergangene Erfahrungen“ lenke. „Auf der Ebene von Gesellschaft und Politik ‚gibt‘ es Erinnerung nicht, sie wird vielmehr hergestellt: Keine Identität ohne ‚Identitäter‘ und keine Erinnerung ohne Akteure.“

Gerade junge Regime bauen auf erinnerungspolitischen Erzählungen auf, um ihre Machtposition zu rechtfertigen und zu festigen und vor allem auch, um sich von ihren Vorgängern abzugrenzen.

Erinnerungspolitik ist dementsprechend die politische Steuerung des gesellschaftlichen Erinnerungsfokus. Dabei werden die eigenen Interpretationen von Geschehenem strategisch eingesetzt, meist um die eigene Politik und das politische System zu legitimieren. Gerade junge Regime bauen auf erinnerungspolitischen Erzählungen auf, um ihre Machtposition zu rechtfertigen und zu festigen und vor allem auch, um sich von ihren Vorgängern abzugrenzen. Deshalb wird diese Erinnerungspolitik öffentlichkeitswirksam dargestellt und in das Bildungssystem implementiert. Somit ist Erinnerungspolitik ein zentraler

Baustein von Nationsbildung und eine Garantie der Stabilität dieser (Kohlstruck, 2004, S. 176-182).

In der DDR erfolgte diese erinnerungspolitische Abgrenzung vor allem vom nationalsozialistischen Regime, aber auch von der Bundesrepublik als zweiten deutschen Staat, der parallel zur DDR entstand. Im Selbstverständnis der DDR wurde die BRD als „Nachfolgestaat der Täter“ angesehen, der als solcher das Erbe des Faschismus antrete (Bialas, 2003, S. 167). „Die mythische Formel heißt: DDR ist gleich Antifaschismus und als Gegenpart: Bundesrepublik ist gleich Faschismus“, so Raina Zimmering. Dabei wurde das westliche Wirtschaftsmodell des Kapitalismus mit Nationalsozialismus und Faschismus gleichgesetzt (Zimmering, 2000, S. 68).

Der Antifaschismus wurde somit zur Gründungserzählung der DDR und zum Grundgerüst der SED-Erinnerungspolitik (Zimmering, 2000). In dieser Gründungserzählung nahm der Widerstand gegen den Nationalsozialismus eine zentrale Rolle ein. Kommunistische Widerstandskämpfer:innen wie Ernst Thälmann wurden dabei besonders hervorgehoben. Thälmann, der im KZ Buchenwald erschossen wurde, nahm im Erinnerungsmythos der DDR die Position als „Opfer Nummer eins“ ein (Zimmering, 2000, S. 81). Anderen Opfergruppen hingegen wurde nur vereinzelt gesondert gedacht, meist wurden sie in das Spektrum der ‚Opfer des Faschismus‘ eingegliedert und für das antifaschistische Gedenken instrumentalisiert. Das galt insbesondere auch für den erinnerungspolitischen Umgang mit der Shoah (Moller, 2010).

2.1 Der staatlich verordnete Antifaschismus als Grundlage der Erinnerungspolitik

Die Aufarbeitung der NS-Zeit erfolgte vor allem auf kollektiver, aber kaum auf individueller Ebene. Ein Beispiel dafür ist die Rekrutierung von Lehrkräften für das Bildungssystem der DDR. Da die sozialistische und antifaschistische Ideologie auch hier als Grundlage diente, nahmen Lehrkräfte als Vermittlungspersonen eine wichtige erinnerungspolitische Rolle ein. Dabei wurden Verbindungen zum nationalsozialistischen Staat in den Biographien dieser sogenannten ‚Neulehrer‘, beispielsweise als Soldaten der ‚Wehrmacht‘ oder durch Mitgliedschaften in NS-Verbänden wie dem ‚Bund Deutscher Mädel‘, im Prinzip ignoriert. Zimmering nennt die ‚Neulehrer‘ deshalb „Antifaschisten quasi ohne Vergangenheit“ (Zimmering, 2000, S. 42). Dieses Beispiel zeigt, dass auf individuelle Erfahrungen kaum Rücksicht genommen wurde. Sie wurden im kollektiven Gedächtnis stattdessen durch selektive Erinnerung und eine antifaschistische Geschichtserzählung ersetzt, die in Wahrheit nur dem Schicksal einzelner Personen entsprach. Kollektive Erinnerung wurde somit politisch konstruiert (Zimmering, 2000).

Dies spiegelte sich auch in der konkreten Ausgestaltung der Erinnerungspolitik wider: Führend bei der Aufarbeitung waren ehemalige KPD-Akteur:innen, die sich bereits im Mai 1945 im ‚Hauptausschuss für die Opfer des Faschismus‘ zusammengeschlossen hatten. Im Fokus der Ausschussarbeit stand die Heroisierung ‚antifaschistischer Widerstandskämpfer‘. Dabei kam es schnell zu Konflikten, da einige Mitglieder sich über den wachsenden parteipolitischen Einfluss beschwerten. Aus diesem Konflikt heraus entstand die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) als eigenständige Organisation. Ihr Ziel war es, außerhalb des parteipolitischen Einflusses zu operieren. Sie wurde sowohl in Ost- und West-Berlin gegründet und hatte auch nach der endgültigen Teilung Deutschlands Ableger in beiden deutschen Staaten. Der Fokus des Gedenkens sollte nach dem Konzept der VVN nicht nur auf politisch Verfolgte gelegt werden, sondern auf die Gesamtheit der vom Nationalsozialismus Verfolgten (zur Nieden, 1996b).

Doch auch hier übten SED-Funktionär:innen weiter ihren Einfluss aus, was dazu führte, dass Mitglieder, die an einer überparteilichen Konzeptionierung des Gedenkens interessiert gewesen waren, aus der VVN austraten. Vertreter:innen der jüdischen Gemeinden kritisierten vor allem eine unzureichende Aufarbeitung der Shoah. Die VVN wurde in der DDR schließlich 1953 aufgelöst, da die Parteiseite ein eigenständiges Gremium für nicht notwendig erachtete. Das Gedenken an Widerstand und Verfolgung wurde zur Staatsaufgabe erklärt, die SED pflegte mit der Staatsgründung einen weitestgehend einseitigen Diskurs im Hinblick auf die NS-Vergangenheit (zur Nieden, 1996b). Dabei ging es vor allem darum, die DDR in eine Reihe mit sogenannten „antifaschistischen Widerstandskämpfern“ wie Ernst Thälmann zu stellen und weniger darum, selbst Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen zu übernehmen. Dies zeigte sich besonders im Umgang mit der Shoah und ihren Opfern (Zimmering, 2000).

Dabei ging es vor allem darum, die DDR in eine Reihe mit sogenannten „antifaschistischen Widerstandskämpfern“ wie Ernst Thälmann zu stellen und weniger darum, selbst Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen zu übernehmen.

2.2 Der erinnerungspolitische Umgang mit der Shoah

Der erinnerungspolitische Umgang mit der Shoah und die Wahrnehmung des Judentums in der DDR waren eng mit dem seitens der SED-Führung gängigen Bild vom Staat Israel verknüpft. Zuerst war die oberste Parteietage gegenüber der Gründung eines jüdischen Staates noch positiv eingestellt. Man orientierte sich bei der Haltung gegenüber des Staates Israel jedoch an der Linie der anderen Ostblockstaaten und so folgte man auch dem diesbezüglichen Haltungswechsel, der sich zu Beginn der 50er-Jahre vollzog und in einer strikten Ablehnungshaltung in Bezug auf das Existenzrecht Israels resultierte, nachdem Israel US-amerikanische Hilfen angenommen hatte.

Diese Positionierung hielt sich über beinahe die gesamte Zeitspanne der Existenz der DDR, erst Mitte der 80er-Jahre gab es erste Annäherungsversuche. Man passte sich somit auch der zunehmend antisemitischen Politik Joseph Stalins an. Dies äußerte sich durch Schauprozesse gegen Parteifunktionäre jüdischer Herkunft und weiteren Repressionen von Jüd:innen. Diese antisemitischen „Säuberungswellen“, wie Peter Ullrich sie nennt, vollzogen sich in den Jahren 1952/53 auch in SED-Gremien und führten dazu, dass zahlreiche Jüd:innen das Land verließen (Ullrich, 2007, S. 459f.).

Die zionistische Bewegung sei in diesem Zuge als „reaktionäre, nationalistische Bewegung in der jüdischen Bourgeoisie“ diskreditiert worden, so Wolfgang Benz; ein Bild, das auf das gesamte Judentum projiziert wurde (Benz, 2018a, S. 9). In der Bevölkerung stoß diese Linie kaum auf Widerstand. Benz begründet das damit, dass die antisemitische Doktrin des Nationalsozialismus noch in den Köpfen der Menschen gesteckt hätte (Benz, 2018b).

Im direkten Widerspruch dazu stand das antifaschistische Selbstverständnis der DDR, demzufolge die SED-Führung sich als frei von jeglichem Antisemitismus begriff. Ein erneutes Aufleben der nationalsozialistischen Ideologie wurde in der DDR aufgrund des selbstproklamierten Antifaschismus als Unmöglichkeit angesehen, sodass man daraus keine weitere Notwendigkeit der Aufarbeitung schlussfolgerte. Aus diesem Grund lehnte man auch Entschädigungszahlungen an die Opfer der Shoah ab (Königseder & Wetzel, 2018).

Obwohl die NS-Ideologie nicht einfach aus den Köpfen der Menschen verschwunden war, wurde bei den Bürger:innen auch keine individuelle Schuld gesehen, da man die Wurzeln des Terrors im Kapitalismus vermutete (Zimmering, 2000).

Die Shoah wurde zum Beiwerk eines kapitalistisch-faschistischen Nationalsozialismus erklärt, Antisemitismus wurde dabei nicht als zentraler Bestandteil der NS-Ideologie gesehen. Das erklärt, wieso das Gedenken an die Shoah keinen eigenen Platz in der SED-Erinnerungspolitik erhielt, sondern in das antifaschistische Gedenken eingebettet wurde. So wurden verfolgte und ermordete Jüd:innen als „Opfer des Faschismus“ angesehen und somit im Vergleich mit Widerstandskämpfer:innen erinnerungspolitisch subsumiert (Schubert, 2017, S. 45-49).

Das soll keineswegs heißen, dass die Shoah unter den Teppich gekehrt worden sei und antisemitische Ausschreitungen geduldet worden seien. Es folgte aber aus solchen Vorfällen keine Grundsatzdebatte über den Umgang mit Antisemitismus und die eigene Mitschuld an der Shoah (Kahane & Radvan, 2005).

Stattdessen wurden die Shoah und ihre Opfer Teil der erinnerungspolitischen Inszenierung der DDR. Die Shoah fand dann erinnerungspolitische Verwendung, wenn die SED sich von nationalsozialistischen Verbrechen abgrenzen und die eigene Ideologie rechtfertigen wollte. Auch der Gedenktag an die Pogrome gegen Jüd:innen am 9. November 1938 erfüllte diesen Zweck. Es handelt sich hierbei um den einzigen Gedenktag, an dem konkret der Shoah gedacht wurde. So lässt sich an diesem Beispiel die antisemitische Stimmung Anfang der 50er-Jahre erkennen: Zwischen 1950 und

1953 wurden die Gedenkveranstaltungen zu diesem Anlass komplett ausgesetzt. Auch danach ging das Gedenken an diesem Tag primär von der Partei aus, da die jüdischen Gemeinden selbst erst ab Anfang der 1960er-Jahre eigene Gedächtnisfeiern veranstalteten. Dieser Gedenktag hatte primär einen ideologischen Nutzen und diente nur zum Teil dem tatsächlichen Gedenken. Die relativ geringe Bedeutung lässt sich auch daran erkennen, dass der Gedenktag Groehler zufolge lange Zeit nur „ein Erinnerungstag zweiter Ordnung“ gewesen sei. Zwar wuchs seine Bedeutung in den 1970er- und 1980er-Jahren, von Parteiseite aus wurde er aber weiterhin vorrangig zu politischen Zwecken benutzt. Der Gedenktag steht somit stellvertretend für das gesamte Gedenken an die Shoah in der DDR (Groehler, 1995, S. 294-298).

3 Gedenkstätten als Teil der Erinnerungspolitik

Physische Repräsentationen der Erinnerungspolitik sind unter anderem Gedenkstätten. Diese unterlagen, wie auch andere historisierte Teilbereiche des Lebens, einer spezifischen Gedenkstättenpolitik. Auch hier ist das Schema der politischen Instrumentalisierung der Opfer nationalsozialistischer Verbrechen wiederzuerkennen. Interessant sind dabei vor allem zwei Aspekte: Die Art und Weise, wie die Ideologie Besuchenden der Gedenkstätte präsentiert wurde, und die Anfangsphase der Konzeptionierung, die von einigen Kontroversen und Auseinandersetzungen geprägt war, und in ihrem Resultat widerspiegelt, wie in der DDR Erinnerungspolitik gemacht wurde.

Durch Denkmäler wird das kulturelle Gedächtnis einer Gesellschaft ausgedrückt. Zudem lassen sich an ihnen auch immer die erinnerungspolitischen Schwerpunkte derjenigen erkennen, die das Denkmal in Auftrag gegeben haben. Somit dienen Denkmäler selten ausschließlich dem reinen Gedenken an ein Ereignis oder eine Person, sondern auch der Legitimation gegenwärtiger politischer Verhältnisse. Das gilt in besonderem Maße für Gedenkstätten als Denkmäler an den konkreten Orten des Geschehens (Zimmering, 2000).

Die Ausgestaltung der Gedenkstätten an den Orten nationalsozialistischer Verbrechen in der DDR folgte den bereits skizzierten Grundlinien der SED-Erinnerungspolitik. An den Standorten ehemaliger KZ wurde an erster Stelle Widerstandskämpfer:innen gedacht. Die anderen Opfergruppen gerieten in den Hintergrund. Es sollte ein heroischer Mythos im Vordergrund stehen, Mitschuld an den NS-Verbrechen wurde hier nicht eingestanden. Sinn der Gedenkstätten war, auf der Basis des „antifaschistischen Widerstandskampfes“ eine gemeinsame Identität für die noch junge DDR und ihre Bürger:innen zu schaffen (Zimmering, 2000, S. 79-82).

Groehler teilt die Gedenkstättenpolitik der SED in drei Phasen ein: In der direkten Nachkriegszeit, vor Gründung der DDR im Jahr 1949, sei das Gedenken in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) noch sehr dezentral und eher spontan organisiert gewesen. „Gedenkstätten schossen offenbar 1945/1946 [...] aus dem Boden“, eine klare Konzeption gab es direkt nach Kriegsende noch nicht. Getragen wurde das Gedenken zu dieser Zeit zu großen Teilen von den Angehörigen von Opfern nationalsozialistischer Verbrechen, ehemaligen Inhaftierten und Verfolgten (Groehler, 1995, S. 286-289).

Das änderte sich Anfang der 1950er-Jahre. Mit Gründung der DDR hatte die SED-Führung klare erinnerungspolitische Vorstellungen entwickelt. Nach einer ersten Skepsis gegenüber Gedenkstätten an den Standorten ehemaliger KZ erklärte die SED diese im Laufe der 50er-Jahre zur besonderen staatlichen Verantwortung. Bis 1950 hatten sich dort noch die sowjetischen Speziallager befunden, in denen Menschen aus politischen Gründen inhaftiert waren. Auf die Speziallager

wurde an den neu entstehenden Gedenkstätten nicht aufmerksam gemacht. Sie verschwanden aus dem öffentlichen Gedächtnis (zur Nieden, 1996a).

Die Grundzüge der Gedenkstättenpolitik, die der antifaschistischen Linie der Erinnerungspolitik folgten, blieben über die gesamte Existenz der DDR bestehen. Mit der Machtübernahme Erich Honeckers im Jahr 1971 gab es Änderungen an Details, so sollte der innere Widerstand noch mehr hervorgehoben werden. Insgesamt sollte ein „lebendigerer Antifaschismus“ geschaffen werden, so wurde inoffiziell auch versucht, die VVN wiederzubeleben. Der Versuch glich aber eher einer nostalgischen Verklärung. Dennoch ließ sich seit den 1970er-Jahren ein Anstieg der Gedenkstättenanzahl verzeichnen. Die Errichtung von Gedenkstätten beschränkte sich zumeist auf die Tatorte von NS-Verbrechen, sonstige Orte mit NS-Vergangenheit wie beispielsweise Regierungs- und Verwaltungsgebäude wurden zu großen Teilen unsichtbar gemacht oder umfunktioniert (Groehler, 1995, S. 290f.).

Eine zentrale Rolle in der Gedenkstättenplanung nahmen die Standorte ehemaliger KZs ein, und zwar vor allem die in Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück. Dabei hatten nicht alle die gleiche Relevanz, es gab eine klare Rangfolge. Das Konzentrationslager in Buchenwald nahm

Das Konzentrationslager in Buchenwald nahm eine Schlüsselrolle ein, da es sich wegen der Selbstbefreiung der Inhaftierten in die Erzählung eines ‚antifaschistischen Widerstandskampfes‘ einbetten ließ.

eine Schlüsselrolle ein, da es sich wegen der Selbstbefreiung der Inhaftierten in die Erzählung eines ‚antifaschistischen Widerstandskampfes‘ einbetten ließ. Hier wurden die Schwerpunkte der SED-Erinnerungspolitik besonders deutlich: Hauptteil der Gedenkstätte war nicht das Gelände des Lagers selbst, sondern ein ästhetisch ausgestalteter Ehrenhain, der den antifaschistischen Widerstandskämpfenden gewidmet war (Zimmering, 2000).

Den zweiten Platz in der erinnerungspolitischen Rangfolge nahm das KZ Sachsenhausen ein. Hier ließ sich ein antifaschistisch-heroischer Mythos bezogen auf den deutschen Widerstandskampf nur bedingt erzählen, da das Lager von der Roten Armee befreit wurde. Als ‚Helden‘ dienten hier deshalb eher die Soldaten der Roten Armee (Zimmering, 2000).

Das KZ Ravensbrück, auf dem dritten und letzten Platz in der Rangfolge, wurde wenig politisch instrumentalisiert und war somit erinnerungspolitisch weniger relevant. Hier waren ausschließlich Frauen und Kinder inhaftiert; der Fokus wurde mehr auf die Insassen als Opfer des nationalsozialistischen Terrors als auf einen heroischen Widerstand gelegt, der vor allem in Buchenwald und in Teilen auch in Sachsenhausen bei der Konzeption der Gedenkstätten eine übergeordnete Rolle gespielt hatte (Zimmering, 2000).

Nach dem Mauerfall und der Wiedervereinigung fand eine neue Auseinandersetzung mit den ehemaligen Tatorten der NS-Verbrechen und der Ausgestaltung der Gedenkstätten durch die SED statt. Zeitgleich wurden die Standorte vermehrt zum Ziel von rechtsextremen Attacken und Geschichtsklitterung (Mentel, 2014).

4 Die zeitgenössische Erinnerungskultur in den neuen Bundesländern

Bereits im Zeitraum kurz vor der Wiedervereinigung kam es in der DDR vermehrt zu Vorfällen, die dem rechtsextremen Milieu zugeordnet werden können. Jürgen Danyel bezeichnet den zunehmenden Rechtsextremismus als ein „Phänomen der Transformation der ostdeutschen Gesellschaft“, der aus der „soziale[n] und mentale[n] Konditionierung der Ostdeutschen“ durch die antifaschistische Doktrin und die staatlich gesteuerte Erinnerungspolitik resultiere (Danyel, 2003, S. 26-34).

Natürlich war und ist Rechtsextremismus kein rein ostdeutsches Phänomen. Doch bezogen auf die Bevölkerungsdichte war das Aufkommen rechtsextremer Gewalttaten zur Jahrtausendwende in Ostdeutschland höher: Im Jahr 2000 kamen rund die Hälfte der gewaltbereiten Rechtsextremist:innen aus den neuen Bundesländern, jedoch machte der ostdeutsche Bevölkerungsanteil lediglich 21% aus (Danyel, 2003).

Hinsichtlich dieser Zahlen kommt die Frage auf welchen Einfluss die Erinnerungs- und Gedenkstättenpolitik der SED auf die ostdeutsche Erinnerungskultur hatte und welche Rolle die Gedenkstätten dabei spielten.

4.1 Die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen als Ziel von Rechtsradikalismus und Geschichtsrevisionismus

Nach der Wende gab es eine rege Diskussion, wie mit den Gedenkstätten an den Tatorten des Nationalsozialismus umgegangen werden sollte. Am Standort des ehemaligen KZ Sachsenhausen, das nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als sowjetisches Speziallager genutzt wurde, stieß ein Gedenkstein, der an die Existenz dieses „Speziallagers Nr. 7“ erinnern sollte und noch vor der Wiedervereinigung eingeweiht wurde, in SED-Kreisen auf Protest. Generell sollte sich die Gedenkstätte nach der Wiedervereinigung von der erinnerungspolitischen Färbung aus der DDR-Zeit lösen. Die zentrale Ausstellung aus dieser Zeit blieb jedoch zunächst bestehen, aber weniger als historische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes und mehr „als Dokument über den Umgang der DDR mit dem Nationalsozialismus“ (Dittberner, 1999, S. 42-45).

Gleichzeitig gab es die Sorge, das ehemalige KZ könnte zu einer „Wallfahrtsstätte Rechtsradikaler“ werden. In der Zeit nach der Wende fielen zunächst vor allem Gästebucheinträge mit Parolen wie „Sieg Heil“, „Deutschland den Deutschen“ oder „Hoch die SS“ auf (Dittberner, 1999, S. 46-48). Im Jahr 1990 inszenierten Neonazis an Gräbern der Opfer des Speziallagers eine Kranzniederlegung und posierten mit Reichsflagge und erhobenen rechten Armen. Zwei Jahre später kam es in der Nacht vom 25. auf den 26. September 1992, kurz nach dem Besuch des damaligen israelischen Ministerpräsidenten Itzhak Rabin, zu einem Brandanschlag auf die „Jüdische Baracken“ 38 und 39 durch mutmaßliche Neonazis (Mentel, 2014).

Zusätzlich werden die ehemaligen NS-Konzentrationslager seit den 1990er-Jahren immer wieder von geschichtsrevisionistischen Autor:innen in den Fokus genommen. Dabei wird explizit der Standort Sachsenhausen fokussiert, da es sich hier um ein im Vergleich zu Vernichtungslagern wie dem KZ Auschwitz-Birkenau eher kleineres Lager handelt, bei dem sich die Anzahl der Ermordeten leichter relativieren lässt. In diesem Sinne wird die Existenz des Lagers nicht direkt bestritten, vielmehr werden die Systematik der NS-Verbrechen und der gezielte Massenmord an Millionen von Menschen gelehrt (Mentel, 2014).

Geschichtsrevisionist:innen verfolgen in diesem Fall zwei unterschiedliche Strategien. Zum einen gibt es einen autobiografischen Ansatz, bei dem die Autor:innen aus der eigenen Erfahrung heraus die Existenz des nationalsozialistischen KZs und die des sowjetischen „Speziallagers Nr. 7“ in Relation zueinander setzen und versuchen mit der Sowjet- und DDR-Vergangenheit des Ortes NS-Verbrechen zu relativieren oder zu vertuschen. Angeblich stamme beispielsweise die Genickschussanlage aus sowjetischer Zeit, gezielte Massenerschießungen hätten in der KZ-Zeit also gar nicht stattfinden können. Dass wissenschaftliche Untersuchungen die NS-Vergangenheit der Anlage dokumentieren, wird dabei ignoriert. Als Grundlage für die Argumentation dient lediglich anekdotische Evidenz (Mentel, 2014).

Zum anderen versucht man mit pseudowissenschaftlichen Erkenntnissen die NS-Verbrechen zu entlasten. Sowjetische Forschungserkenntnisse in Bezug auf die Gaskammer und die Genickschussanlage werden grundsätzlich abgelehnt. Generell wird nur das angenommen, was in die eigene Geschichtserzählung passt. So werden Fakten umgedichtet, dabei ist die Quellengrundlage entweder dünn und fragwürdig oder gar nicht vorhanden (Mentel, 2014).

Zusätzlich liegt diesem Geschichtsrevisionismus Antisemitismus zugrunde. „Denn während den Revisionisten zufolge ‚die Deutschen‘ unterjocht würden, seien ‚die Juden‘ die Nutznießer und damit auch die Urheber dieser welthistorisch einzigartigen Machenschaften“, so Christian Mentel (2014, S. 58).

In dieser revisionistischen Erzählung vollzieht sich eine Täter-Opfer-Umkehr, die die deutsche Bevölkerung als die eigentlichen Opfer dastehen lassen soll. Der Geschichtsrevisionismus in Kombination mit den rechtsradikalen und neonazistischen Aktionen in den 1990er-Jahren ließ die Sorge, die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen könnte in das Visier von Rechtsradikalen geraten, Realität werden.

4.2 Auswirkungen der SED-Erinnerungspolitik

„Eine persönliche Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen hat innerhalb der meisten Familien nicht stattgefunden und war auch vom Staat nicht gewollt“ (Kahane & Radvan, 2005, S. 13). So wird die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der DDR in einer Broschüre der Antonio-Amadeu-Stiftung zu Erfahrungen mit Antisemitismus in Ostdeutschland beschrieben. Die erinnerungspolitischen Maßnahmen operierten lediglich auf institutioneller Ebene. Auf individueller Ebene gab es kaum Auseinandersetzung mit einer möglichen Mitschuld an den Verbrechen der NS-Zeit. So blieben antisemitische Einstellungen in den Köpfen verankert. Zwar gab die DDR nach außen hin vor, den Antisemitismus bekämpfen zu wollen, doch jüdisches Leben fand öffentlich nicht statt. Die jüdischen Gemeinden blieben größtenteils im Verborgenen. „Schon das Wort ‚Jude‘ wurde in der Öffentlichkeit gemieden“ (Kahane & Radvan, 2005, S. 12f.). Das spiegelte sich auch im eher negativen Bild des Staates Israel wider, welches salonfähig geblieben ist. Wolfgang Benz nennt den Antizionismus das „wirkungsmächtigste[...] Erbe der DDR“ (Benz, 2018b, S. 271f.).

Auf individueller Ebene gab es kaum Auseinandersetzung mit einer möglichen Mitschuld an den Verbrechen der NS-Zeit. So blieben antisemitische Einstellungen in den Köpfen verankert.

Dass das Israelbild der DDR nicht nur antizionistisch, sondern auch antisemitisch war, und im Zusammenhang mit dem erinnerungspolitischen Umgang mit der Shoah stand, wurde im Rahmen dieses Aufsatzes bereits dargelegt. Das wirkte sich auch auf die Bevölkerung aus und blieb nach der Wiedervereinigung erhalten. Dem bereits erwähnten Bericht der Antonio-Amadeu-Stiftung zufolge „tauchte der Antisemitismus nach und nach aus seiner ideologischen Verpackung wieder hervor“. Dies lässt sich an den Reaktionen auf die Anschläge vom 11. September 2001 erkennen. Es verbreiteten sich in diesem Zuge viele Verschwörungstheorien, die in ihrem Kern zum einen auf die Theorie einer zionistischen Weltverschwörung zurückgehen, zum anderen aber auch auf die „Kette der Gleichsetzung von Imperialismus = Zionismus = Rassismus = Faschismus = Herrschaft“, die auf der Erinnerungspolitik und dem Israelbild der SED fußt. In diesen Kreisen findet häufig eine Gleichsetzung der Politik Israels und der USA mit der NS-Politik statt. Zudem hat auch der erstarkende Rechtsextremismus einen antisemitischen Kern (Kahane & Radvan, 2005, S. 14f.).

Rechtsextreme Politik ist schon lange kein Randphänomen mehr. Mit der AfD ist diese mittlerweile auch in den Bundestag eingezogen. Politiker:innen der AfD reproduzieren antisemitische Verschwörungstheorien wie die von einem „großen Bevölkerungsaustausch“ in Bezug auf die Migrationsdebatte oder die einer „globalistischen Elite“, die im Hintergrund die Fäden ziehen und die globale Politik steuern würde. Auch wenn dies nicht immer direkt auf jüdische Menschen bezogen wird, steckt hinter diesen sogenannten ‚Dogwhistles‘ dennoch Antisemitismus (Amadeu Antonio Stiftung, 2023).

Die AfD spricht sich außerdem für einen Paradigmenwechsel in der Erinnerungspolitik aus. Methodisch, wenn auch aus gänzlich anderen Gründen und Überzeugungen, möchte die AfD ähnlich der SED den erinnerungspolitischen Fokus weniger auf den Nationalsozialismus und die Aufarbeitung der Shoah legen und eine eigene Geschichtserzählung konstruieren (Alternative für Deutschland, 2016, S. 48). Es kann hier zwar kein direkter Zusammenhang hergestellt werden, dennoch sind die Parallelen bemerkenswert.

5 Zusammenfassung und Fazit

Die DDR mag in ihrer Staatsdoktrin nicht direkt antisemitisch gewesen sein, trug mit ihrer antiisraelischen Haltung und vor allem mit der Erinnerungspolitik aber auch nicht zur Bekämpfung des Antisemitismus bei. Die antisemitischen „Säuberungswellen“ führten dazu, dass Jüd:innen, die zunächst noch explizit in die DDR gekommen waren, weil sie sich vom Sozialismus und Antifaschismus einen Neuanfang erhofften, den Staat wieder verließen (Ullrich, 2007).

Die Shoah wurde in der DDR nie nachhaltig aufgearbeitet, sondern war immer Teil eines antifaschistischen Gedenkens, das darauf abzielte, die Politik und Ideologie der SED zu legitimieren. Auf institutioneller Ebene sollte es zwar eine gründliche Entnazifizierung geben, jedoch wurde hierbei die individuelle Ebene vernachlässigt. Hier ist das Beispiel der ‚Neulehrer‘ zu nennen, die die sozialistische und antifaschistische Ideologie vermitteln sollten. Dabei wurde oftmals über deren nationalsozialistische Vergangenheit hinweggesehen.

Auch an den Orten des Verbrechens gab es kein unvoreingenommenes Gedenken. Es gab früh die ersten Pläne für Gedenkstätten, doch als diese dann umgesetzt wurden, war die Konzeption in erster Linie auf die SED-Erinnerungspolitik ausgerichtet.

Das ehemalige KZ Sachsenhausen ist ein trauriges Beispiel dafür, dass der Antisemitismus in Ostdeutschland tatsächlich nicht „mit Stumpf und Stiel ausgerottet“ wurde (zitiert nach Rosbach,

2009). 1992 wurde es Ziel eines Brandanschlages mit mutmaßlich neonazistischem Hintergrund. An Vorfällen wie diesem zeichnet sich das erinnerungspolitische Erbe der DDR ab.

Auch politisch ist der Antisemitismus nicht ausgestorben, sondern wird von rechtsextremen Kräften wie der AfD am Leben gehalten. Doch nicht nur die AfD bedient sich antisemitischer Narrative. Auch rechtskonservative Politiker:innen wie der Ex-Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen greifen auf antisemitische Chiffren zurück. Maaßen kandidierte 2021 für die CDU in Thüringen für den Deutschen Bundestag und gründete später mit der ‚WerteUnion‘ eine eigene Partei. Während seiner Kandidatur schrieb er auf dem Kurznachrichtendienst ‚X‘: „Globalisten und Sozialisten (und Teile der Kirchen) sind in einem Punkt der gleichen Meinung: die Verachtung der gewöhnlichen Menschen, ihres bürgerlichen Lebens, ihrer Kultur und ihres Anspruchs, ihr Leben selbst bestimmen zu wollen“ (Maaßen, 2021). Der bayrische Vize-Ministerpräsident Hubert Aiwanger von den Freien Wählern konnte sich trotz der Affäre um ein antisemitisches Flugblatt, dass er in seiner Jugend verfasst und verbreitet haben soll, im Amt halten (Halder & Kirschner, 2024).

Das letztgenannte Beispiel zeigt, dass man an dieser Stelle der Analyse Vorsicht walten lassen muss: Die AfD fährt in Ostdeutschland zwar ihre stärksten Ergebnisse ein, hat sich aber längst auch im Rest der Republik als politische Kraft etabliert. Für die neuen Bundesländer lassen sich antisemitische Tendenzen sicherlich auch mit dem erinnerungspolitischen Erbe der DDR erklären, allerdings lässt sich diese Analyse nicht einfach auf ganz Deutschland ausweiten. Außerdem wäre es falsch, den Antisemitismus monokausal mit der SED-Erinnerungspolitik erklären zu wollen, gerade weil er kein singuläres Phänomen ist, das sich auf Ostdeutschland beschränkte. Die in diesem Aufsatz dargestellte Analyse soll lediglich einen Erklärungsansatz darstellen, ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Da es sich um ein komplexes soziohistorisches Phänomen handelt, bedarf es weiterer, tiefergehender Analysen, die sich der Frage nach antisemitischen Strömungen und Einstellungen in Deutschland und den Ursprüngen und Hintergründen dieser widmen.

Literaturverzeichnis

- Alternative für Deutschland (2016). Programm für Deutschland. *Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland*. Alternative für Deutschland.
- Amadeu Antonio Stiftung (2023, 19. Mai). *Antisemitismus und die AfD*. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/antisemitismus-und-die-afd-99509/> (zuletzt abgerufen am 01.10.2023).
- Benz, W. (2018a). Antizionismus als Staatsdoktrin. Implementierung und Durchsetzung des Israelbildes der DDR. In W. Benz (Hrsg.), *Antisemitismus in der DDR. Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel* (S. 9–41). Metropol.
- Benz, W. (2018b). Nachwirkungen der DDR-Propaganda im Israelbild der Gegenwart. In W. Benz (Hrsg.), *Antisemitismus in der DDR. Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel* (263–274). Metropol.
- Bialas, W. (2003). Antifaschismus als Sinnstiftung. Konturen eines ostdeutschen Konzepts. In W. Bergem (Hrsg.), *Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs* (S. 151–170). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (Bundesverband RIAS) (2025). *Jahresbericht. Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024*. Bundesverband RIAS.
- Danyel, J. (2003). Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek der DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur. In J. C. Behrends et al. (Hrsg.), *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland* (S. 23–40). Metropol.
- Dittberner, J. (1999). *Schwierigkeiten mit dem Gedenken. Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit*. Westdeutscher Verlag.
- Groehler, O. (1995). Zur Gedenkstättenpolitik und zum Umgang mit der „Reichskristallnacht“ in der SBZ und DDR (1945-1988). In W. Bergmann et al. (Hrsg.), *Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland* (S. 285–301). Campus.
- Halder, A. & Kirschner, R. (2024, 26. August). *Ein Jahr Flugblattaffäre. Was wurde aus dem Aiwanger-Skandal?* tagesschau.de. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/flugblatt-aiwanger-antisemitismus-100.html> (zuletzt zugegriffen am 11.05.2025).
- International Holocaust Remembrance Alliance (2016, 26. Mai). Arbeitsdefinition von Antisemitismus. <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus> (zuletzt zugegriffen am 30.07.2025).
- Kahane, A. & Radvan, H. (2005). Antisemitismus in den neuen Bundesländern, In Amadeu Antonio Stiftung, *Was tun gegen Antisemitismus. Erfahrungen aus der Projektarbeit der Amadeu Antonio Stiftung* (S. 11–15). Amadeu Antonio Stiftung.
- Kamann, M. (2017, 18. Januar). *Was Höcke mit der „Denkmal der Schande“-Rede bezweckt*. Welt Online. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article161286915/Was-Hoecke-mit-der-Denkmal-der-Schande-Rede-bezweckt.html> (zuletzt zugegriffen am 01.10.2023).
- Kohlstruck, M. (2004). Erinnerungspolitik: Kollektive Identität, Neue Ordnung, Diskurshegemonie. In B. Schwellung (Hrsg.), *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen* (S. 173–194). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Königseder, A. & Wetzel, J. (2018). Antisemitismus und Antifaschismus in der DDR. Kritische Betrachtungen zum Forschungsstand. In W. Benz (Hrsg.), *Antisemitismus in der DDR. Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel* (S. 204–231). Metropol.
- Maaßen, H.-G. (2021, 10. Januar). x.com. <https://x.com/HGMaassen/status/1348372161279496196?s=20> (zuletzt zugegriffen am 01.10.2023).
- Mentel, C. (2014). „Nichts weiter als sowjetische Propaganda“. KZ Sachsenhausen und die Revisionisten. In C. Kopke (Hrsg.), *Angriffe auf die Erinnerung an die national-sozialistischen Verbrechen. Rechtsextremismus in Brandenburg und die Gedenkstätte Sachsenhausen* (S. 53–76). Metropol.
- Moller, S. (2010, 12. April). *Erinnerung und Gedächtnis*. Docupedia-Zeitgeschichte. https://docupedia.de/zg/Erinnerung_und_Ged%25C3%25A4chtis (zuletzt zugegriffen am 01.10.2023).
- Rosbach, J. (2009, 16. Oktober). *Antisemitismus in der DDR*. Deutschlandfunk Kultur. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/antisemitismus-in-der-ddr-100.html> (zuletzt zugegriffen am 01.10.2023).
- Schubert, K. (2017). Judentum und Holocaust in sozialistischen Erinnerungskulturen, *Studentische Fachzeitschrift für Politikwissenschaft Jena*, 2(1), 45–57.
- Ullrich, P. (2007). Nationaler Kommunismus nach Auschwitz – die DDR und die Jüdinnen und Juden. Ein Bilanzierungsversuch, *UTOPIE kreativ, Mai 2007 (Heft 199)*, 455–467.

- Ullrich, P. (2014). Antisemitismus, Antizionismus und Kritik an Israel in Deutschland: Dynamiken eines diskursiven Feldes. In S. Schüler-Springorum (Hrsg.), *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, 23, 105–120. Metropol.
- Wahlen im Freistaat Thüringen (2024, 1. September). *Landtagswahl 2024 in Thüringen – endgültiges Ergebnis*. <https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wjahr=2024&zeigeErg=Land> (zuletzt zugegriffen am 10.05.2025).
- Wierzioch, B. (2024, 14. März). Wieso wird die Thüringer AfD vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft? mdr.de. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/afd-rechtsextremistisch-einstufung-verfassungsschutz-100.html> (zuletzt zugegriffen am 21.11.2025).
- Zimmering, R. (2000). Mythen in der Politik der DDR. *Ein Beitrag zur Erforschung politischer Mythen*. Leske + Budrich.
- zur Nieden, S. (1996a), Vom Interregnum zum Speziallager. In G. Morsch (Hrsg.), *Von der Erinnerung zum Monument. Die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen* (S. 68–76). Edition Hentrich.
- zur Nieden, S. (1996b). Antifaschismus und Kalter Krieg. Vom Hauptausschuß für die Opfer des Faschismus zur Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. In G. Morsch (Hrsg.), *Von der Erinnerung zum Monument. Die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen* (S. 77–86). Edition Hentrich.